

Antrag
(Alternativantrag)

der Parlamentarischen Gruppe der FDP

zu dem Antrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 7/6307 -

Den demokratischen Willensbildungsprozess verteidigen, Angriffen auf politisch engagierte Bürger sowie Amts- und Mandatsträger entschieden entgegenzutreten

Schutz von Amts- und Mandatsträgern verbessern - für eine wehrhafte Demokratie

- I. Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag darüber zu berichten,
 1. wie hoch der Anteil der erfassten Straftaten aus dem Bereich der Politisch motivierten Kriminalität an den insgesamt in Thüringen erfassten Straftaten in den letzten fünf Jahren war;
 2. welcher Anteil an der von der Thüringer Polizei erfassten Politisch motivierten Kriminalität in den letzten fünf Jahren im digitalen Raum stattfand;
 3. wie hoch die Aufklärungsquote im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität in den letzten fünf Jahren war und wie hoch das vermutete Dunkelfeld ist;
 4. in wie vielen Fällen der aufgeklärten Politisch motivierten Kriminalität in den letzten fünf Jahren, insbesondere bei Straftaten zu Lasten von Amts- und Mandatsträgern, es zu einem Strafverfahren kam und wie hoch in diesen die Verurteilungsquote liegt;
 5. ob es Strategien in der Thüringer Polizei oder der Landesregierung gibt, wie der Schutz von politisch engagierten Bürgern sowie von Amts- und Mandatsträgern verbessert werden kann und wenn ja welche.
- II. Der Landtag stellt fest:
 1. Extremismus, unabhängig von seiner politischen oder weltanschaulichen Ausrichtung, schadet aufgrund seiner einschüchternden Wirkung dem demokratischen Prozess und dem Vertrauen der Bürger in die Demokratie.
 2. Die Verurteilung von Politisch motivierter Kriminalität obliegt, wie bei anderen Straftaten auch, der Strafgerichtsbarkeit. Jegliche Form der Selbstjustiz schadet dem Rechtsstaat.
 3. Die Zunahme von Straftaten zu Lasten von Amts- und Mandatsträgern in Thüringen ist besorgniserregend.

- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
1. dem Landtag eine Analyse vorzulegen, warum die Anzahl von Angriffen auf Amts- und Mandatsträger in Thüringen in den letzten Jahren spürbar zugenommen hat und wie den Ursachen entgegen gewirkt werden kann;
 2. einmal jährlich im Innen- und Kommunalausschuss über die Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität in Thüringen, insbesondere über Angriffe auf Amts- und Mandatsträger, sowie über ergriffene Gegenmaßnahmen zu berichten;
 3. die Erfassung von Politisch motivierter Kriminalität, insbesondere mit Blick auf die Straftaten zu Lasten von Amts- und Mandatsträgern, zu verbessern, um ein möglicherweise bestehendes Dunkelfeld auszuräumen.

Begründung:

Der Beantwortung verschiedener Kleiner Anfragen (Drucksachen 7/1294, 7/3535, 7/5545) konnte entnommen werden, dass die Anzahl der Angriffe auf Amts- und Mandatsträger in Thüringen zugenommen hat. Während im Jahr 2018 noch 43 Straftaten in diesem Bereich erfasst wurden, handelte es sich im Jahr 2019 um 121, im Jahr 2020 um 169 und im Jahr 2021 um 245. Amts- und Mandatsträger sind, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, ein Ausdruck unseres demokratischen Systems. Wenn es vermehrt zu Übergriffen auf diese Personengruppe kommt, müssen die Ursachen dafür erhoben werden, um anschließend Lösungen entwickeln zu können.

Für die Parlamentarische Gruppe:

Montag